



Antrag

der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hüting, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Konrad Baur, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Wolfgang Fackler, Karl Freller, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Andreas Kaufmann, Tobias Reiß, Helmut Schnotz, Peter Tomaschko, Peter Wachler, Kristan Freiherr von Waldenfels und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Roswitha Toso, Gabi Schmidt, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Katharina Schulze, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl, Florian Siekmann und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD),

Antiziganismus entschieden entgegentreten – Sinti und Roma in Bayern stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag zeigt sich beeindruckt vom Ergebnis der Ausschussanhörung „Gemeinsam gegen Antiziganismus“, die am 1. Juli 2025 auf Antrag der SPD-Fraktion im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen des Landtags stattfand.

Die darin von Sachverständigen, zivilgesellschaftlichen Akteuren und Vertreterinnen und Vertretern der betroffenen Minderheit geschilderten Erfahrungen, Analysen und Empfehlungen machen deutlich, dass der Kampf gegen Antiziganismus eine gemeinsame und parteiübergreifende Verantwortung darstellt.

Als Landesparlament eines demokratischen Rechtsstaats bekennt sich der Landtag zu seiner Verantwortung, die Rechte dieser Minderheit zu schützen, Diskriminierung zu bekämpfen und die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen zu sichern.

Der Landtag würdigte die kontinuierlichen und entschlossenen Bemühungen der Staatsregierung im Kampf gegen Antiziganismus. Antiziganismus steht – ebenso wie Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung – in unvereinbarem Gegensatz zu den grundlegenden Werten der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft und hat in Bayern wie auch darüber hinaus keinen Platz. Der Einsatz gegen Antiziganismus bleibt eine fort dauernde, verantwortungsvolle Aufgabe.

Der Landtag zeigt sich tief betroffen über die historisch und gesellschaftlich verwurzelte, immer noch bestehende Diskriminierung gegenüber der anerkannten nationalen Minderheit der Sinti und Roma – in Bayern, in Deutschland und in Europa. Der 2024 gemeldete Anstieg antiziganistischer Vorfälle gegenüber dem Vorjahr verdeutlicht einerseits die unverminderte Dringlichkeit entschlossenen Handelns, andererseits aber auch die Wirksamkeit der seit 2023 im Freistaat neu eingerichteten Meldestrukturen, die zu einer deutlich höheren Transparenz beitragen.

Der Landtag bekennt sich auch weiterhin klar dazu, jeglicher Form von Antiziganismus entgegenzutreten. Es ist eine gemeinsame Verantwortung, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, das Erinnern zu bewahren und die Sinti und Roma in der Gegenwart und Zukunft in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe zu stärken – in Bayern, in Deutschland und im europäischen Kontext. Insbesondere in einer Zeit, in der Rassismus, Hass und Hetze wieder verstärkt auftreten, sind der Schutz und die Anerkennung der Sinti und Roma als feste Bestandteile unserer Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Seit über 600 Jahren prägen sie bayerisches und deutsches Leben mit.

Der Landtag spricht sich dafür aus, die Opfer von Antiziganismus noch wirksamer zu unterstützen. Niemand darf sich mit seiner Diskriminierungserfahrung alleingelassen fühlen.

Der Landtag stellt fest, dass der Freistaat im Rahmen des Staatsvertrags mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Bayern e. V., bereits jährlich mit über 660.000 Euro Maßnahmen zur Teilhabe und Unterstützung beiträgt. Auch die Pflege von Grabstätten verfolgter Sinti und Roma aus der Zeit des Nationalsozialismus wird mit Landesmitteln unterstützt. Die 2023 eingerichtete regionale Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) des Landesverbands im Rahmen der bundesweiten MIA-Struktur leistet hier wichtige Arbeit.

Um diese Strukturen weiter zu stärken, spricht sich der Landtag für folgende Maßnahmen aus:

- Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen dem Landesverband und der Staatsregierung
- fortgesetzte Unterstützung der MIA-Meldestelle Bayern beim Landesverband bei gleichzeitigem Einsatz der Staatsregierung auf Bundesebene zur verlässlichen bundesweiten Kofinanzierung
- konsequente strafrechtliche Verfolgung von Hassrede und Diskriminierung im digitalen Raum

Der Landtag stellt klar, dass Diskriminierung von Kindern der Sinti und Roma im schulischen Alltag, wo immer sie auch auftritt, inakzeptabel ist. Gerade Bildungsinstitutionen tragen den unverbrüchlichen Auftrag, Orte gelebter Teilhabe, Chancengleichheit und gegenseitigen Respekts zu sein.

Dazu sollen folgende Schritte erfolgen:

- Unterbindung jedweder Segregationstendenzen
- Sensibilisierung von Lehrpersonal in Aus- und Fortbildung im Umgang mit Antiziganismus
- stärkere Betrachtung der Geschichte und Verfolgung von Sinti und Roma in Deutschland

Der Landtag erkennt die Bemühungen der Polizei in Bayern um politische Bildung und demokratische Resilienz an. Gleichwohl dürfen auch hier bestehende strukturelle Herausforderungen im Umgang mit Antiziganismus nicht ausgeblendet werden.

Deshalb setzt sich der Landtag für folgende Maßnahmen ein:

- weitere Auseinandersetzung mit der historischen Rolle der Polizei bei der Verfolgung von Sinti und Roma während des NS-Regimes und in der Nachkriegszeit

- Antiziganismusprävention in der polizeilichen Aus- und Fortbildung weiter zu stärken und in diesem Zusammenhang zugleich eine positive, sachgerechte und vertrauensbildende Kommunikation nach außen zu fördern, um das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden weiter zu festigen

Der Landtag erkennt das Recht der Sinti und Roma auf Wahrung und Entfaltung ihrer kulturellen Identität ausdrücklich an. Aufgrund jahrhundertelanger Verfolgung war eine freie kulturelle Entfaltung oft nicht möglich. Der Landtag will dazu beitragen, dies zu ändern.

Der Landtag setzt sich daher für folgende Maßnahmen ein:

- gezielte Förderung von Kultur- und Freizeitangeboten der Sinti und Roma zur Stärkung von Sichtbarkeit und Teilhabe
- Einbezug von Vertreterinnen und Vertretern der Minderheit in Anhörungsverfahren zu Lehrplänen

Der Landtag spricht sich dafür aus, dass Bayern und Deutschland innerhalb der Europäischen Union eine aktive Rolle im Kampf gegen Antiziganismus übernehmen. Durch den länderübergreifenden Austausch von Monitoring-Erkenntnissen, Good-Practice-Beispielen und Strategien zur Bekämpfung von Diskriminierung soll die gesellschaftliche Teilhabe von Sinti und Roma europaweit gestärkt werden.